

Ein alternatives keynesianisches Akkumulationsmodell für Deutschland

Das exportgetriebene deutsche Akkumulationsmodell, das über lange Zeit auf moderater Lohnentwicklung, schwacher Binnennachfrage, günstiger Energie und hohen Leistungsbilanzüberschüssen beruhte, ist unter den veränderten weltwirtschaftlichen, energiepolitischen und demografischen Bedingungen nicht mehr hinreichend tragfähig. Eine bloße Wiederherstellung preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch Lohndruck, Sozialkürzungen oder allgemeine Unternehmenssteuersenkungen würde die Binnennachfrage zusätzlich schwächen und die strukturellen Investitionsdefizite nicht beheben.

Ein alternatives, kapitalismusimmanentes und keynesianisch orientiertes Modell müsste Nachfrage, Investitionen und Produktivität gemeinsam stärken. Ziel wäre ein stärker binnen- und europäisch getragenes Wachstum, bei dem steigende Reallöhne, öffentliche Investitionen und private Zukunftsinvestitionen einander ergänzen.

1. Stärkere Binnennachfrage und steigende Reallöhne

Deutschland braucht eine kräftigere binnenwirtschaftliche Wachstumsbasis. Reallöhne sollten mindestens mit Produktivität und Preisentwicklung steigen; bei schwacher Nachfrage können darüber hinausgehende reale Lohnzuwächse stabilisierend wirken. Höhere Einkommen im unteren und mittleren Bereich besitzen eine hohe Konsumneigung und stärken deshalb unmittelbar die Nachfrage. Tarifbindung, höhere Löhne und soziale Sicherung sind in diesem Modell nicht nur Verteilungsfragen, sondern makroökonomische Stabilisatoren.

2. Öffentliche Investitionen als dauerhafter Wachstumsmotor

Der Staat muss die seit Jahren aufgelaufenen Investitionsdefizite systematisch abbauen. Priorität haben Bildung, bezahlbares Wohnen, Pflege und Gesundheit, Bahn und ÖPNV, Digitalisierung, Klimaschutz, Energie- und kommunale Infrastruktur. Öffentliche Investitionen wirken kurzfristig über Nachfrage und Beschäftigung und erhöhen langfristig das Produktionspotenzial. Sie sollten deshalb nicht wie laufender Konsum behandelt und nicht prozyklisch gekürzt werden, wenn die Konjunktur schwach ist.

3. Fiskalpolitik: antizyklisch und investitionsorientiert

Die Finanzpolitik muss über den Konjunkturzyklus stabilisieren. In Rezession und Investitionsschwäche sind Defizite ökonomisch sinnvoll, wenn sie Nachfrageausfälle kompensieren und produktive Kapazitäten schaffen. In Hochkonjunkturen können Defizite zurückgeführt werden. Eine reformierte Schuldenregel sollte kreditfinanzierte Nettoinvestitionen ermöglichen. Zusätzliche Einnahmen können durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, großer Vermögen, Erbschaften und ökonomischer Renten mobilisiert werden, ohne die Massennachfrage zu schwächen.

4. Gezielte Industriepolitik statt allgemeiner Standortsubventionen

Öffentliche Förderung sollte sich auf strategische Zukunftsfelder konzentrieren: Netze und Speicher, Halbleiter, Batterien, Maschinen- und Anlagenbau, Medizintechnik, klimaneutrale Grundstoffindustrien sowie industrielle KI-Anwendungen. Förderung muss an zusätzliche Investitionen, Beschäftigung, Standortbindung, Ausbildung und Tarifbindung geknüpft werden. Entscheidend ist, dass staatliche Mittel tatsächlich zusätzliche private Investitionen mobilisieren und nicht lediglich ohnehin geplante Investitionen subventionieren.

5. Energie als öffentliche Schlüsselstruktur

Ein neues Akkumulationsmodell braucht günstige, planbare und zunehmend erneuerbare Energie. Netzausbau, Speicher, kommunale Wärmeversorgung, Erzeugungskapazitäten und langfristige Energiepartnerschaften erfordern hohe Vorleistungen. Wo private Investitionen wegen langer Amortisationszeiten oder hoher Unsicherheit ausbleiben, muss der Staat

investieren, garantieren oder koordinieren. Niedrigere und stabilere Energiepreise stärken zugleich Kaufkraft und industrielle Wettbewerbsfähigkeit.

6. Weniger Exportabhängigkeit – stärkerer deutscher und europäischer Binnenmarkt

Der Leistungsbilanzüberschuss darf nicht länger der zentrale Wachstumsmotor sein. Ein Land kann dauerhaft nur dann Überschüsse erzielen, wenn andere Länder entsprechende Defizite akzeptieren. Deutschland sollte deshalb einen größeren Teil seines Wachstums aus Konsum und Investitionen im Inland und in Europa beziehen. Höhere deutsche Nachfrage erhöht dabei auch die Importe aus europäischen Partnerländern und kann makroökonomische Ungleichgewichte innerhalb der EU verringern.

7. Produktivität durch Qualifikation, Innovation und gute Arbeit

Produktivitätssteigerung darf nicht primär durch Lohndruck, längere Arbeitszeiten oder höhere Arbeitsintensität erfolgen. Entscheidend sind Qualifikation, technischer Fortschritt, bessere Arbeitsorganisation und die Beteiligung der Beschäftigten. Notwendig sind ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung, stärkere Betriebsräte, bessere berufliche Bildung und öffentliche Innovationsagenturen. Produktivitätsfortschritte schaffen den Spielraum, in dem Reallöhne, Investitionen und Gewinne gleichzeitig steigen können.

8. Öffentliche Daseinsvorsorge als produktive Infrastruktur

Pflege, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Mobilität und eine leistungsfähige Verwaltung sind keine bloßen unproduktiven Kostenblöcke. Sie bestimmen Arbeitsangebot, Erwerbsbeteiligung, Standortattraktivität und private Investitionsentscheidungen. Gute Kinderbetreuung erhöht etwa die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit; bezahlbares Wohnen verbessert die räumliche Mobilität von Arbeitskräften. Sozial- und Infrastrukturpolitik sind deshalb Bestandteile der Produktionsbedingungen einer modernen Volkswirtschaft.

9. Automatische Stabilisatoren und soziale Sicherheit

Arbeitslosenversicherung, Renten, Grundsicherung und andere Transfers stabilisieren in Abschwüngen die Nachfrage, weil sie Einkommensverluste begrenzen. Sozialpolitik sollte daher nicht gegen Wirtschaftspolitik ausgespielt werden. Gleichzeitig muss Erwerbsarbeit einen sichtbaren Einkommenszuwachs ermöglichen. Transferentzugsraten und Abgaben im unteren Einkommensbereich sollten so gestaltet werden, dass zusätzliche Arbeit das verfügbare Einkommen spürbar erhöht.

10. Inflation und Kapazitätsgrenzen beachten

Eine expansive Nachfragepolitik ist kein Selbstzweck. Wo Produktionskapazitäten ausgelastet sind, kann zusätzliche Nachfrage vor allem Preise oder Importe erhöhen. Öffentliche Investitions- und Industriepolitik muss deshalb Engpässe bei Fachkräften, Energie, Netzen, Wohnraum und industriellen Kapazitäten gleichzeitig erweitern. Die keynesianische Alternative besteht nicht in unbegrenzter Nachfrageexpansion, sondern in der Abstimmung von Nachfrage- und Kapazitätspolitik.

11. Europäische Einbettung

Ein solches Modell kann auf nationaler Ebene nur begrenzt funktionieren. Erforderlich ist eine koordinierte europäische Investitions-, Industrie-, Energie- und Lohnpolitik. Gemeinsame europäische Finanzierung kann grenzüberschreitende Infrastruktur und strategische Technologien tragen. Eine symmetrischere wirtschaftspolitische Koordination sollte nicht nur Defizitländer zur Anpassung zwingen, sondern auch Überschussländer zu stärkerer Binnennachfrage und Investition verpflichten. So könnte Europa gegenüber der US-Industriepolitik und der chinesischen staatsgestützten Technologiepolitik eigenständiger handeln.

Makroökonomische Logik des Modells

Die zentrale Logik lautet: steigende Reallöhne und soziale Sicherheit stabilisieren den Konsum; öffentliche Investitionen schaffen Nachfrage und verbessern zugleich die Produktionsbedingungen; verlässliche Nachfrageerwartungen und bessere Infrastruktur regen private Investitionen an; Qualifikation und Innovation erhöhen die Produktivität. Dadurch kann ein selbsttragenderer Investitions- und Nachfrageprozess entstehen, der weniger von dauerhaften Exportüberschüssen abhängt.

Politische Voraussetzung

Dies bleibt ein idealtypisches kapitalismusimmanentes Modell. Seine Durchsetzung setzt eine Verschiebung wirtschaftspolitischer Prioritäten voraus: weg von der Vorstellung, Wachstum entstehe vor allem durch Kostensenkung und Haushaltskonsolidierung, hin zu einer Politik, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, öffentliche Investitionen, Produktivität und soziale Sicherheit als miteinander verbundene Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung behandelt. Konflikte über Löhne, Steuern, öffentliche Verschuldung und die Verteilung von Investitionsrisiken verschwinden dadurch nicht; sie werden vielmehr zu zentralen politischen Auseinandersetzungen über die Ausgestaltung des neuen Modells.

Autor: Dr. Ernst Wolowicz

Erstellungsdatum: 18.08.2026